



Presseschau vom 23.03.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Moskau reagiert auf US-Pläne zu Tests von Abfangraketen SM-3 Block IIA**

Moskau wird adäquate Maßnahmen ergreifen, falls Washington seine Pläne zur Erprobung der Abfangrakete vom Typ SM-3 Block IIA realisiert. Das erklärte das russische Außenministerium am Freitag.

Die Pläne waren in einem am 17. Januar veröffentlichten Bericht zur US-Politik im Bereich der Raketenabwehr bekannt gegeben worden. Demnach will das Pentagon 2020 eine lenkbare Rakete dieses Typs erproben, die für das Abfangen interkontinentaler ballistischer Flugkörper geeignet ist.

„Derartige Absichten gemahnen zur Vorsicht. (...) Die Bedrohung wird zur Realität. Russland wird das selbstverständlich berücksichtigen und entsprechende Maßnahmen ergreifen, darunter auch technischen Charakters“, hieß es in der Erklärung des russischen Außenamtes.

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das **Feuer in Richtung Siedlung des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka** eröffnet. Infolge des Beschusses wurde ein Haus in der Alfawitnyj-Gasse 4, Wohnung 2 beschädigt (Fenster).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Maas hält Nato-Bomben auf Jugoslawien für „richtig“

Auch 20 Jahre nach dem Beginn der umstrittenen Nato-Luftangriffe auf die damalige Bundesrepublik Jugoslawien hält Außenminister Heiko Maas die deutsche Beteiligung daran für richtig.

„Ich glaube nach wie vor, dass die deutsche Beteiligung ein Ausfluss verantwortungsbewussten Handelns gewesen ist“, sagte der SPD-Politiker den „Stuttgarter Nachrichten“ (Samstagsausgabe).

„Wir haben damals gesehen, dass es massive Menschenrechtsverletzungen gegeben hat, bis hin zu Massenmord. Ich bin der Auffassung, dass das Eingreifen der Nato richtig war. Ich will nicht wissen, was noch alles dort geschehen wäre, wenn es das nicht gegeben hätte“, sagte Maas nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur.

Die Nato hatte im Kosovo-Konflikt vom 24. März bis 8. Juni 1999 ohne UN-Mandat Jugoslawien bombardiert. Bei den Angriffen kamen verschiedenen Schätzungen zufolge zwischen 1200 und 2500 Menschen ums Leben, darunter etwa 270 Soldaten und Polizisten sowie 89 Kinder. Rund 12.500 weitere Zivilisten wurden verletzt. Zerstört wurden 148 Wohnhäuser und 62 Brücken; etwa 300 Schulen, Krankenhäuser und Staatseinrichtungen sowie 176 Kulturdenkmäler wurden beschädigt.

Kritiker, unter ihnen prominente Politiker und Experten, werten die Nato-Angriffe auf Jugoslawien als Völkerrechtsbruch, weil sie ohne Zustimmung der Vereinten Nationen erfolgten. Artikel 2 der UN-Charta besagt: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt“.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32440/64/324406483.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Ex-Geheimdienstchef: Poroschenko wollte zum KGB**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko und der Ex-Präsident Georgiens und ehemalige Gebietsgouverneur von Odessa, Michail Saakaschwili, wollten einst beim sowjetischen Geheimdienst dienen, sagte der Ex-Chef des ukrainischen Auslandsgeheimdienstes, Nikolai Malomusch, in einem Interview für den ukrainischen TV-Nachrichtensender „Kanal 4“. Ihm zufolge hatten Poroschenko und Saakaschwili an der Fakultät für internationale Beziehungen und Völkerrecht der staatlichen Universität Kiew studiert, an der Malomusch Vorlesungen hielt.

„Sowohl Saakaschwili als auch Poroschenko gerieten schon im ersten Studienjahr als mögliche Kandidaten in unser Blickfeld. Wir standen von Anfang an in Kontakt zu ihnen, um zu erfahren, was für Menschen sie sind, wofür sie sich interessieren und was für eine

psychische Verfassung sie haben“, so Malomusch.

Poroschenko und Saakaschwili hätten den Wunsch geäußert, dem Nachrichtenwesen zu dienen, so Malomusch weiter. „Wir empfehlen ihnen, zuerst den Wehrdienst abzuleisten und dann zurückzukehren, damit sie sich für den Geheimdienst oder den Abwehrdienst ausbilden lassen konnten.“

Doch in der letzten Etappe habe Poroschenko aus objektiven Gründen den Berufsstandards der Geheimdienste der Ukraine nicht entsprochen, sagte Malomusch. Er ging nicht näher auf die Kriterien ein, die Poroschenko nicht erfüllte.

Saakaschwili habe dagegen alle Anforderungen erfüllt und sei im Begriff gewesen, nach Georgien zu reisen, sagte Malomusch. Als die Sowjetunion zerfiel, sollte er bei den Geheimdiensten des unabhängigen Georgiens eingestellt werden. Sein Heimatland sei jedoch von einem Krieg erschüttert worden, und es habe dort keine Person gegeben, der Saakaschwili sein Empfehlungsschreiben hätte vorlegen können, sagte der ehemalige Geheimdienst-Chef.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32444/52/324445216.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden elfmal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Kalinowo, Frunse, Losowoje und Kalinowo-Borschtschewatoje**.

Geschossen wurde mit Antipanzerraketenkomplexen, 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **Kasachstans Hauptstadt heißt ab heute Nur-Sultan**

Trotz ablehnender Haltung vieler Bürger ist Kasachstans Hauptstadt Astana am Samstag offiziell in Nur-Sultan umbenannt worden. Damit erhielt die Millionenmetropole den Vornamen des langjährigen Staatsschefs Nursultan Nasarbajew (79), der in dieser Woche nach 29 Jahren im Amt überraschend zurückgetreten war.

Für die Umbenennung musste das Grundgesetz der zentralasiatischen Ex-Sowjetrepublik geändert werden. Der Übergangspräsident Kassym-Schomart Tokajew (64), dem Nasarbajew am Mittwoch die Macht übertrug, unterzeichnete am heutigen Samstag die entsprechenden Novellen, die zuvor bereits vom Parlament gebilligt worden waren. Dies teilte das Presseamt des Präsidenten mit.

Mit der Unterzeichnung durch den Staatsschef wurde die Namensänderung nun rechtskräftig. Die von Tokajew vorgeschlagene Umbenennung war bei den Kasachen auf geteilte Meinungen gestoßen: Neben Zustimmung gab es auch Gegenstimmen. Am Donnerstag lieferten sich Anhänger und Gegner in Astana eine Schlägerei. Augenzeugen berichteten von

etwa 20 Festnahmen. Auch am Freitag gab es in Astana und Almaty Medienberichten zufolge Proteste gegen den neuen Namen der Hauptstadt.

Einer Internet-Petition, die ein Referendum über die Umbenennung forderte, schlossen sich bis zum Samstagvormittag mehr als 44.000 Unterstützer an. In Kasachstan leben mehr als 18 Millionen Menschen. Flächenmäßig ist das gas- und ölfreiche Land mit mehr als 2,7 Millionen Quadratkilometern fast achtmal so groß wie Deutschland.

Astana hieß zu Sowjetzeiten Akmolinsk (bis 1961), danach bis 1991 Zelinograd und von 1991 bis 1998 Akmola. Den Namen Astana (kasachisch für „Hauptstadt“) erhielt die Stadt 1998, als sie Hauptstadt wurde und damit die größte Stadt des Landes, Almaty (auch Alma-Ata), ablöste.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31469/44/314694433.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 22. März 3:00 Uhr bis 23. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 14.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Terminal, Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Alexandrowka), Leninskoje, Kominternowo.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden durch Beschuss von Seiten der BFU in Richtung Kominternowo eine Stromleitung sowie folgende Häuser beschädigt:

- Achmatow-Straße 65 (beschädigt sind Fassade und Verglasung);
- Achmatow-Straße 92 (beschädigt sind Fassade, Verglasung, es gab einen Treffer in den Hof);
- Achmatow-Straße 112 (beschädigt sind Fassade und Verglasung).

Außerdem wurde durch Beschuss von Seiten der BFU auf Gorlowka ein Haus in der Alfawitnyj-Gasse 4, Wohnung 2 beschädigt (ein Fensterblock ist beschädigt).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 334.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 183.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen

und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Syrien: SDF-Miliz erklärt endgültigen Sieg über IS und Ende des Kalifats**

Die von den USA unterstützten arabisch-kurdischen Abteilungen der „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF) haben am Samstag den definitiven Sieg über die Terrormiliz „Islamischer Staat“ verkündet, aber der Kampf gegen Reste der Gruppierung gehe weiter, schrieb der amtliche SDF-Sprecher Mustafa Bali auf Twitter.

„Die SDF geben die vollständige Vernichtung des so genannten Kalifats und eine hundertprozentige territoriale Niederlage des IS bekannt“, schrieb Bali auf Englisch.<

In der arabischsprachigen Fassung seiner Mitteilung unterstrich Bali, dass „der militärische Sieg über den IS“ dank der vollständigen Befreiung des Dorfes Baghus erzielt wurde.

„Wir wiederholen unser Versprechen, den Krieg fortzusetzen und die IS-Reste bis zu ihrer vollständigen Vernichtung zu verfolgen“, schrieb Bali.

Wie die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, am Freitag erklärte, sei Syrien hundertprozentig von den IS-Terroristen befreit worden. Am Donnerstag hatten kurdische Medien berichtet, dass die SDF-Kräfte Baghus – das letzte vom IS besetzte Dorf im Südosten Syriens – vollständig befreit hätten. Diese Information wurde jedoch später dementiert. Ein Sprecher der im Norden Syriens agierenden internationalen Koalition sagte gegenüber Sputnik, dass in dieser Region weiter gekämpft werde.

Syriens UN-Botschafter Baschar al-Dschafari hat die Mitteilungen der USA von einem Sieg über den IS als Bluff abgetan. Ihm zufolge stehen die IS-Kämpfer, die sich im Camp Rukban aufhalten, weiterhin unter dem Schutz der USA.

Die SDF-Abteilungen kämpfen seit mehreren Monaten mit Unterstützung der US-geführten Koalition gegen die IS-Reste. Syrische Medien haben wiederholt über Opfer unter der Zivilbevölkerung und die Verwendung weißer Phosphormunition bei Luftangriffen auf Baguz berichtet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31630/20/316302019.jpg>

Lug-info.com: **Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego**

Die Kiewer Regierung ist in der Wahlkampfagonie bereit, zu beliebigen Provokationen zu greifen, ohne sich um die Folgen zu kümmern. Sie sind bereit, die Gesundheit und das Leben der Einwohner des Donbass zu gefährden, indem sie mit Fragen der Verbesserung der humanitären Situation manipulieren.

Die Absicht, einseitig einen Passierpunkt im Gebiet von Solotoje zu eröffnen, ist dafür ein klares Beispiel. Anstatt sich mit uns in Minsk abzusprechen und auf sich auf angemessene Weise auf die Eröffnung von Passierpunkten in Solotje und Stschastje vorzubereiten, ist Kiew

bereit ein weiteres Mal Menschen auf ein Minenfeld zu schicken (und von der Entdeckung ukrainischer Minen auf dieser Straße ist auch im Bereich der OSZE-Mission für den 19. März die Rede). Vorherige derartige Schritte hat die Ukraine im März 2016 und im Oktober 2017 unternommen. Dabei haben die ukrainischen Streitkräfte 2016 etwa 100 Menschen auf vermintes Territorium geschickt. Damals konnte ein Unglück verhindert werden. Unter anderem auch durch die Unterstützung von Patrouillen der Beobachtermission, die halfen, die Menschen von dem verminten Abschnitt der Straße wegzubringen.

Aber jetzt ist die Situation weitaus schlimmer. Unter Verletzung der in Minsk erzielten Vereinbarungen über eine Trennung von Kräften und Mitteln hat die Ukraine ihre Truppen und Militärtechnik nach Solotoje zurückgebracht. Fast tägliche verletzen sie das Regime der Feuereinstellung und schießen im Gebiet von Solotoje.

Genau so eine Wahlkampfprovokation sind auch die Erklärungen über eine einseitige Reparatur der Brücke in Staniza Luganskaja, die im März 2015 von ukrainischen nationalistischen Bataillonen gesprengt wurde. Eine Brücke, die die Ukraine dem IKRK bereits seit fast zwei Jahren verbietet zu reparieren. Sie verbietet es, weil der vom IKRK ausgearbeitete Entwurf mit einer provisorischen Konstruktion von drei Metern Breite und einer Tragfähigkeit von 5 Tonnen in der Lage ist, Lugansker Panzer auf das von ihnen kontrollierte Territorium zu lassen (für die, die das nicht wissen, die Breite eines Panzers beträgt 3,45 Meter, von seinem Gewicht gar nicht zu reden). Nichts größeres als Krankenwagen sieht der Entwurf des IKRK vor. Wir haben diesen Entwurf bereits im Herbst 2017 abgestimmt. Die Ukrainer haben das bis heute nicht getan. Das ist der Entwurf, dem Leonid Kutschma, indem er sich über seine Militärs hinweggesetzt hat, im Herbst 2018 in Minsk zugestimmt hat. Aber seine Erklärungen auf der Sitzung der Kontaktgruppe haben sich als unzureichend erwiesen. In der Folge hat die Ukraine alles getan, um zu verhindern, dass dieser Entwurf verwendet wird, sie hat besondere Anforderungen an die Konstruktion vorgebracht, vom IKRK verlangt, einen neuen Entwurf zu machen, manchmal mit einer Breite von 2,6 Metern, manchmal weniger. Bei den letzten Treffen der Kontaktgruppe haben die Vertreter Kiews eine Breite von 2,2 Metern genannt, die keinerlei Kritik standhält und es Krankenwagen und anderem humanitären Transportverkehr nicht erlauben wird zu passieren. In der entstandenen Situation rufe ich die OSZE und vor allem ihre besondere Beobachtermission in der Ukraine auf, besondere Aufmerksamkeit auf solche nicht abgestimmte einseitige provokative Handlungen der Ukraine zu richten, die eine reale Gefahr nicht nur für das Leben und die Gesundheit der Zivilbevölkerung des Donbass, sondern auch für die friedliche Regelung des Konflikts darstellen.

Erlauben Sie der Ukraine nicht, alle Ihre Anstrengungen durchzustreichen, unterbinden Sie die Versuche den Verhandlungsprozess zum Scheitern zu bringen.

Stoppen Sie die unbedachten Handlungen der ukrainischen Seite, solange diese Handlungen nicht zu einer Katastrophe geführt haben.

Erhalten Sie für die Menschen des Donbass die Möglichkeit einen friedlichen und diplomatischen Ausweg aus dem Konflikt, der von der derzeitigen Kiewer Regierung gegen das eigene Volk entfacht wurde, zu finden.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Warum serbische Armee mit Nato kooperiert - Serbischer General erklärt**

Den Veteranen der serbischen Armee, die am Konflikt mit der Nato von 1999 beteiligt waren, fällt laut Generaloberst Vladimir Lasarewic die gegenwärtige Kooperation mit der Nordatlantischen Allianz schwer, doch das sei eine politische Entscheidung zum Nutzen des Landes. Dies sagte er in einem Interview mit Sputnik.

Die Bombardements Jugoslawiens durch Nato-Kräfte vom 24. März bis 10. Juni 1999, die zum Tod und Verletzungen von Tausenden Menschen geführt hatten, waren unter dem Vorwand der Verteidigung der albanischen Bevölkerung der autonomen Region Kosovo und Metochien vor Aktionen der serbischen Armee und Polizei aufgenommen worden.

Generaloberst Vladimir Lazarewic, dem 2003 vom Internationalen Tribunal zu Ex-Jugoslawien in Den Haag gemeinsam mit anderen hochrangigen Offizieren Verbrechen bei der Vertreibung der Albaner aus der Region zur Last gelegt wurden, hatte 1999 während des Konfliktes das Pristina-Corps und die Dritte Armee der serbischen Streitkräfte im Kosovo geführt. Der Generaloberst ging 2005 freiwillig nach Den Haag, wurde verurteilt und verbrachte zehn Jahre im Gefängnis. Im Herbst 2017 nahm er seine Lehrtätigkeit an der serbischen Militärakademie auf.

Serbien trat 2006 dem Nato-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ bei und unterzeichnete 2011 den individuellen Partnerschaftsplan (IPAP), der später verlängert wurde. Serbische Militärs beteiligen sich heute an gemeinsamen Übungen mit den Streitkräften der Allianz. „Es ist schwer, eine Situation zu akzeptieren, bei der man mit denjenigen kooperiert, von denen man gestern unbarmherzig vernichtet wurde, und das gerade im Militärbereich. Ich würde mich noch konkreter ausdrücken – es geht nicht nur darum, dass sie vor 20 Jahren unsere Soldaten und zivile Bürger, Frauen und Kinder getötet haben. Sie töten uns auch heute noch – nach 20 Jahren, weil die Folgen des Einsatzes von radioaktiven Waffen in ganz Serbien katastrophal sind“, erklärte der Generaloberst gegenüber Sputnik.

Lazarewic zufolge starben viele seiner Mitkämpfer im Laufe dieser 20 Jahre infolge der Bestrahlung durch radioaktive Waffen mit abgereichertem Uran. Er wies darauf hin, dass viele Analytiker im Bereich des Gesundheitswesens und der Verteidigung sowie Experten aus der ganzen Welt der Ansicht seien, dass der Einsatz von radioaktiven Waffen seitens der Nato gegen Jugoslawien zu einer schrecklichen Tragödie – viel größer als in Hiroshima – geführt hätte.

„Für mich als Mensch, der das Land vor den Nato-Verbrechern verteidigt hat, ist es schwer, eine solche Kooperation anzunehmen. Andererseits bin ich mir bewusst, dass dies eine politische Entscheidung ist, dass das Land die militärische Neutralität beizubehalten versucht und daher im Rahmen des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ mit der Allianz zusammenwirkt. Vielleicht ist das nützlich für das Land und das Volk. Für mich aber, einen Soldaten, ist dies eine schwere Situation“, betonte der Veteran.

1999 führte die bewaffnete Konfrontation der albanischen Separatisten der Befreiungsarmee Kosovo, der serbischen Armee und Polizei zu Bombardements Jugoslawiens (damals waren Serbien und Montenegro im Bestand der Republik) durch Nato-Kräfte unter Umgehung der Position des UN-Sicherheitsrates.

Die Nato-Luftschläge dauerten von 24. März bis 10. Juni 1999 an. Die genaue Opferzahl ist unbekannt. Nach Einschätzung der serbischen Behörden waren bei den Bombenangriffen etwa 2.500 Menschen ums Leben gekommen, darunter 89 Kinder. Verletzt wurden 12.500 Menschen. Der materielle Schaden wird nach unterschiedlichen Angaben auf 30 bis 100 Milliarden Dollar eingeschätzt.

de.sputniknews.com: **Kosovo-Konflikt: Serbien nennt Anzahl der Opfer**

Etwa 13.000 Menschen verschiedener Nationalitäten sind laut dem Staatssekretär im serbischen Außenministerium und Präsidenten der Kommission für verschwundene Personen, Veljko Odalovic, Opfer des Konflikts im Kosovo und in Metohija (im offiziellen Sprachgebrauch Serbiens die Bezeichnung für den westlichen Teil des Kosovo – Anm. d. Red.) geworden.

Die Verhältnisse während und nach dem bewaffneten Konflikt im Kosovo, einschließlich der Nato-Bombardements, im Zeitraum von 1998 bis 1999 seien so hart gewesen, dass die „mutmaßliche Zahl der Opfer auf 13.000 Menschen berechnet werden kann“, sagte Odalovic

auf der internationalen Konferenz anlässlich des 20. Jahrestags des Nato-Angriffs auf Jugoslawien am Samstag in Belgrad.

„Darunter sind 2.197 Serben, 150 Roma (orthodoxe Zigeuner – Anm. d. Red.), 95 Bosniaken (muslimische Bosnier – Anm. d. Red.), 78 Ashkali (muslimische Zigeuner – Anm. d. Red), 75 Montenegriner, 38 Balkan-Ägypter (bei den Balkan-Ägyptern handelt es sich um Angehörige der Roma, die sich als Nachfahren der Ägypter sehen und deswegen ihre Identität als ägyptisch betrachten – Anm. d. Red), 46 Vertreter der übrigen Nationalitäten, die im Kosovo und in Metohija leben. Zudem sind es auch etwa 2.000 Kosovo-Albaner, die von den Angehörigen der sogenannten Kosovo-Befreiungsarmee dafür getötet wurden, dass sie keine Gleichgesinnten waren und ihre Aktionen nicht billigten“, sagte Odalovic.

Ihm zufolge reden derzeit nur wenige davon, dass es unter den 1.653 als vermisst registrierten Menschen 570 Serben und andere Nicht-Albaner gibt.

Die Nato-Flugzeuge hätten neben den zivilen Zielen auch die albanischen Flüchtlingskolonnen angegriffen, so Odalovic.

„Wir hoffen, dass der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und das Kosovo-Sondergericht mit Sitz in Den Haag Kräfte finden und der Gerechtigkeit Genüge tun werden ... Niemand hatte für die Verbrechen gegen die Serben im Kosovo und Metohija Verantwortung getragen: Weder albanische Terroristen noch jemand von den Teilnehmern an den Pogromen von 1999, die sich nach dem Eintreffen der internationalen Mission ereigneten, noch die Beteiligten an den Pogromen von 2004“, sagte der Staatssekretär im serbischen Außenministerium.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32444/85/324448523.jpg>

mil-lnr.info: Pressekonferenz des Leiters der Vertretung der LVR im GZKK Michail Filiponenko zu Fragen der Minengefahr im Gebiet des KPP „Solotoje“

Weil ihm die Unausweichlichkeit einer Niederlage bei den bevorstehenden Wahlen bewusst ist, versucht Poroschenko mit allen Mitteln seinen Posten zu erhalten. Dafür werden von dem verbrecherischen Regime, das durch einen Staatsstreich an die Macht kam, weitere Provokationen vorbereitet, die Menschenopfer nach sich ziehen können.

Ein weiteres Beispiel für eine solche Provokation ist die am 22. März von der ukrainischen Seite abgegebene Erklärung über die einseitige Eröffnung eines Kontroll- und Passierpunkts im Gebiet von Solotoje.

Dabei wurde die Möglichkeit der Eröffnung eines Passierpunkts „Solotoje“ für Zivilisten in Minsk aus Sicherheitserwägungen nicht behandelt.

Ich erinnere daran, dass 2016 in Minsk ein Rahmenabkommen über die Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Solotoje unterzeichnet wurde. Trotzdem konzentrieren die ukrainischen Truppen weiterhin Waffen und Militärtechnik in diesem Abschnitt. Im Jahr 2015

wurde das Gebiet um Solotoje von der ukrainischen Seite vermint und bis heute nicht entmint, weil die Bedingungen zur Trennung der Seiten an diesem Abschnitt durch die Schuld Kiews ständig verletzt werden. Gleichzeitig wird Solotoje-5 täglich von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen. Diese Information wird systematisch in den OSZE-Berichten und von Mitarbeitern der Vertretung der LVR im GZKK bestätigt. Außerdem unterstreichen die OSZE-Beobachter, dass schon lange keine Entminung an dem Trennungsabschnitt erfolgt ist. Im Zeitraum seit Beginn des „Frühlings“ waffenstillstands wurden in diesem Gebiet elf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt, davon sieben Fälle, bei denen in den OSZE-Berichten angegeben wird, dass Geschosse von einem Kaliber von mehr als 100mm verwendet wurden, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind.

Ohne die aggressiven Absichten zu verbergen haben ukrainischen Massenmedien am 3. Februar eine Videoreportage über einen Beschuss unteres Kontrollpunkts im Gebiet von Solotoje verbreitet, der nach Meinung der Regierung der Ukraine „sicher“ Menschen aufnehmen sollte.

So bleibt es eine Tatsache, dass im Gebiet des KPP „Solotoje“ durch die Schuld der ukrainischen Streitkräfte eine angespannt Lage herrscht. Die Autostraßen und die in der Nähe liegenden Örtlichkeiten sind vermint. Es gibt am Passierpunkt keine Infrastruktur, die es erlaubt, die Sicherheit von friedlichen Bürgern beim Überschreiten der Abgrenzungslinie zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund tragen die Erklärungen der Kiewer Regierung über die einseitige Eröffnung eines Durchgangs für Zivilisten über eine verminten Straße provokativen Charakter und sind auf die Verschärfung der Lage während des Wahlkampfes in der Ukraine gerichtet und schaffen eine reale Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung.

All dies erinnert an die Handlungen der Faschisten in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges, die Kriegsgefangene und Häftlinge von Konzentrationslagern auf Minenfelder trieben, um diese zu entminen. Heute wollen die Nachfolger der Bandera-Nazis die Straße Perwomajsk – Solotoje, die von ihnen selbst vermint wurde, entminen, indem sie durch Betrug örtliche Einwohner dazu bringen, auf ihr zu fahren. Dies alles geschieht, um die Lage zu verschärfen, um den Kriegszustand einzuführen und die Wahlen auf dem von Kiew kontrollierten Territorium der Oblaste Donezk und Lugansk abzusagen, wo Poroschenko nicht die Unterstützung der Bevölkerung erhalten wird.

In diesem Zusammenhang wende ich mich an die Bürger mit der Bitte, keine Fahrten auf das zeitweilig von Kiew besetzte Territorium der LVR zu unternehmen.

Ich rufe die internationalen Organisationen, die im Donbass aktiv sind, auf, auf Kiew einzuwirken, um Provokationen zu verhindern, in deren Ergebnis unschuldige Menschen sterben könnten. Ich hoffe, dass die Wortbrüchigkeit der Kiewer Führung, die bereit ist für ihre politischen Ambitionen Menschenopfer in Kauf zu nehmen, von der internationalen Gemeinschaft nicht unbemerkt bleiben wird.

de.sputniknews.com: **Venezuela: Überfall auf Polizeipatrouille – drei Tote**

Eine Polizeipatrouille ist im venezolanischen Bundesstaat Carabobo in einen Hinterhalt geraten. Laut einer Quelle in Strafverfolgungsorganen Venezuelas sind dabei drei Menschen getötet worden.

„Wir haben Informationen erhalten, dass eine Gruppe bewaffneter Unbekannter die Polizeiautos, die das Gebiet von La Cabrera patrouillierten, angegriffen hat. Infolge der Schießerei sind zwei Polizeibeamte getötet worden“, sagte ein Polizeibeamter.

Der dritte Polizist soll in kritischem Zustand in das Krankenhaus von Maracay gebracht worden sein, wo er später seinen Verletzungen erlag.

„Den Kriminellen ist es gelungen, vom Tatort zu fliehen. Wir fahnden derzeit nach ihnen“, sagte die Quelle. Die Motive der Angreifer bleiben bislang unbekannt. ...

Lug-info.com: **Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetchnik**

Einwohner des Lugansker Landes!

Ich wende mich an Sie, unsere Landsleute, von denen uns die militärische Aggression des Regimes Poroschenko gegen das eigene Volk getrennt hat. An jedem Tag des durch die Schuld Kiews entfachten Bürgerkrieges sterben an der Frontlinie Menschen: Ukrainer, Russen – Slawen.

Aber für Poroschenko bedeutet das wenig. Zugunsten seines Wunsches, sich unter allen Umständen an der Macht zu halten und sein Kapital zu bewahren, plant er eine neue Provokation an der Grenze mit der LVR, deren Ergebnis ein Massensterben friedlicher Bürger sein soll.

Trotz des Fehlens einer Vereinbarung zwischen der LVR und der Ukraine über die Eröffnung des Passierpunkts „Solotoje“ hat Kiew die Absicht, am 24. März einseitig einen Übergang zu eröffnen und eine große Zahl von Menschen über diesen in die LVR zu schicken.

Landsleute, fallen Sie nicht auf diese Provokation herein! Man will Sie als Kanonenfutter zur Entfaltung einer neuen Runde großflächiger Kriegshandlungen nutzen. Die Arbeiten zur Entminung der um Solotoje liegenden Territorien sind nicht abgeschlossen. Aufgrund des Verstoßes der Ukraine gegen die Minsker Vereinbarungen sind die Truppen nicht auf einen sicheren Abstand abgezogen, es gibt ständig Beschuss, darunter mit Artilleriewaffen.

Um die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Menschen zu gewährleisten, wird der Passierpunkt „Solotoje“ von Seiten der LVR bis zu einer von den Konfliktseiten – der LVR und der Ukraine – vereinbarten Lösung bei den Verhandlungen in Minsk geschlossen bleiben.

de.sputniknews.com: **Ukraine: Französischer Minensucher in Odessa eingetroffen**

Ein französisches Minensuchboot ist am frühen Samstag in Odessa eingetroffen. Dies meldet die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN.

Am heutigen Morgen traf ein französisches Minensuchboot „M653 Capricorne“ in Odessa ein und machte am 16. Liegeplatz des Seehafens fest. Der Meldung zufolge soll es dort bis zum 26. März bleiben.

Die Aktivitäten sollen im Rahmen der Zusammenarbeit im seemilitärischen Bereich sowie im Bereich Sicherheit auf See ablaufen.

Die „Capricorne“ sei mit zwei ferngelenkten Minenjagddrohnen, PAP 104 Mod 4 und Double Eagle Mk 2, ausgestattet, heißt es in der Meldung weiter. Zudem seien an Bord auch eine 20-mm-Giat 20F2-Kanone und drei Maschinengewehre vorhanden.

Anfang März war berichtet worden, dass zwei Nato-Schiffe, die Fregatte TCG „Barbaros“ und das Raketenschnellboot TCG „Marti“, in den Hafen von Odessa eingelaufen waren.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32444/94/324449412.jpg>

Dan-news.info: **Erklärung Puschilins über die Situation um den Kontroll- und Passierpunkt „Solotoje“**

Wir unterstützen die Positionen Leonid Iwanowitsch Paseschniks über die Unzulässigkeit einer weiteren Provokation von Seiten der Ukraine vollständig.

Die Absicht des offiziellen Kiew, am 24. März einseitig den Passierpunkt „Solotoje“ zu eröffnen und eine große Zahl von Menschen über ihn auf das Territorium der LVR zu lassen, kann nicht anders behandelt werden als als Provokation im Rahmen der Wahlkampf-PR-Kampagne Poroschenkos.

Es ist offensichtlich, dass je näher der Tag der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine kommt, desto zynischer die Handlungen der ukrainischen Seite werden.

Wir treten kategorisch gegen die Nutzung von Zivilisten als Instrument der Manipulation auf!

Wir rufen die ukrainische Seite zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen auf und hoffen, dass die europäischen Garanten der Minsker Vereinbarungen den notwendigen Druck auf die ukrainische Führung ausüben und nicht zulassen, Menschen im Interesse einer Wahlkampfkampagne zu benutzen.

Der Passierpunkt „Solotoje“ kann nur gemäß einer Vereinbarung der Seiten nach Einhaltung aller Sicherheitsmaßnahmen eröffnet werden. Es geht um das Leben friedlicher Bürger! Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

de.sputniknews.com: **General: Nato wollte im Kosovo mindestens 20.000 serbische Soldaten töten**

Vor 20 Jahren hat die Nato Jugoslawien angegriffen. Der serbische Generaloberst Vladimir Lazarević war 1999 Befehlshaber des 80.000-köpfigen Pristina-Korps, das im Kosovo dem überlegenen Gegner die Stirn bot. Der heute 70-Jährige erinnert sich im Sputnik-Interview, wie damals die Kräfte verteilt waren, und schildert die Taktik seines Verbandes.

...

Diese Aggression sei ohne Beispiel in der Weltkriegsgeschichte gewesen, erinnert sich Lazarević im Sputnik-Gespräch. Denn das Kräfteverhältnis habe 600:1 gestanden.

Nach Einschätzung des Veteranen hatte die Nato wohl damit gerechnet, den Widerstand der jugoslawischen Armee schon in den ersten Tagen weitgehend brechen zu können. Für sein Pristina-Korps sei es besonders schwer gewesen, weil es als Teil der 3. Armee Jugoslawiens für den Schutz von Kosovo und Metochien sowie der 251 Kilometer langen Grenze zu Albanien und Mazedonien zuständig gewesen sei.

„Die Nato wollte in diesen drei bis vier Tagen mehr als 20.000 Mannschaften und Offiziere des Pristina-Korps töten, bei dem ich das Kommando hatte“, behauptet der General. „Um ihr Ziel zu erreichen, setzte die Nato Tausende Flugzeuge und Tausende Marschflugkörper sowie EloKa-Mittel ein und führte auch einen psychologischen Krieg.“

Dabei habe das westliche Militärbündnis nicht nur seine damals modernsten konventionellen Waffen eingesetzt, sondern auch international geächtete Uranmunition, die radioaktiv und chemisch giftig gewesen sei.

„Nach unseren Schätzungen warf die Nato auf 120 Objekte im Kosovo und Metochien sowie auf mehrere Ziele außerhalb insgesamt mehr als 30.000 Projektile mit abgereichertem Uran ab.“

Angesichts dieser hohen Intensität der Angriffe sei sein Korps, das zu Beginn des Nato-Überfalls über rund 1000 Kampffahrzeuge und Geschütze verfügt habe, strategisch in die Klemme geraten.

„Um durchzuhalten, mussten wir uns ständig bewegen und die Stellungen wechseln“, erinnert sich Lazarević, der sich 2005 freiwillig dem Haager Tribunal stellte und wegen Verbrechen gegen die albanische Bevölkerung im Kosovo schuldig gesprochen wurde.

Mit dieser Taktik habe man drohenden großen Verlusten entkommen können, sagt der

General. Von den 80.000 Angehörigen seines Korps seien 161 den Nato-Angriffen zum Opfer gefallen. „Durch die Angriffe von Terrorgruppen im Kosovo und Metochien, durch Zusammenstöße an den Grenzen Mazedoniens und Albaniens, die am 9. April 1999 begannen, verlor das Pristina-Korps insgesamt rund 600 Soldaten.“

„Für uns, ihre Kameraden, sind diese Verluste nicht wiedergutzumachen, doch aus militärwissenschaftlicher Sicht sind sie mit nur 0,7 Prozent minimal.“

Viele seiner Kameraden seien jedoch in den folgenden Jahren an den Spätfolgen der Uranmunition gestorben, sagt Lazarević, der nach der Verurteilung durch das Haager Tribunal zehn Jahre im Gefängnis verbracht hat. Seit 2017 unterrichtet er an der Serbischen Militär-Akademie in Belgrad.

Durch die Nato-Bomben auf Jugoslawien waren auch hunderte Bauten zerstört worden: Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, Brücken und Staatseinrichtungen. Weil die Bombardierungen ohne UN-Mandat erfolgten, werden sie von Kritikern, unter ihnen prominente Politiker und Experten, als Völkerrechtsbruch gewertet.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 23.03.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **14-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von fünf Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj das Gebiet der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Dabei wurde ein Wohnhaus in der Alfawitnyj-Gasse 4, Wohnung 2 beschädigt.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 57. Panzergrenadier- und der 128. Gebirgsturmbriade unter Kommando der Kriegsverbrecher Mischantschuk und Sobko aus **Trudowskije** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern, Abwehrgeschützen und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbriade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Kominternowo** und **Leninskoje** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen beschossen.

Durch Beschuss wurden eine Stromleitung in Kominternowo und drei zivile Häuser in der Achmatow-Straße beschädigt.

Durch erwidertes Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurden die **Feuerstellungen des Gegners unterdrückt**. Im Gebiet von Wodjanoje wurden **zwei Kämpfer des 2. Bataillons der 79. Luftsturmbriade und ein Soldat des 73. Marinezentrums für Spezialoperationen vernichtet**.

Verluste und dem Personal unserer Einheiten gibt es keine.

Wir stellen weiter **Fälle von ungesetzlicher Bereicherung ukrainischer Kommandeure** durch Verkauf von Material fest. Nach uns vorliegenden Informationen hat das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ im Zusammenhang mit dem Diebstahl von Kommunikationsmitteln in den Einheiten der BFU und deren Verkauf Anweisungen ausgegeben, bis zum 24. März in den untergeordneten Verbänden und Truppenteilen eine außerordentliche Inventarisierung von UKW-Funkstationen „Harris“, die von den USA an das Verteidigungsministerium der Ukraine im Rahmen der militärtechnischen Hilfe übergeben wurden, durchzuführen. Und es wurden bereits erste Ergebnisse von Versuchen einer Inspektion der Kommunikationsmittel von Seiten der Militärstaatsanwaltschaft festgestellt. So hat der Kommandeur des 2. Bataillons der 93. mechanisierten Brigade den Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft den Zugang auf das Territorium und die Durchführung der Kontrolle

verweigert. Mehr noch, gegenüber den Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft wurden zur Einschüchterung Waffen verwendet. Derzeit führt der Stab der OOS eine Untersuchung bezüglich des Geschehens durch.

Weil er das sich nähernde Fiasko bei den Präsidentschaftswahlen vorhersieht, versucht Poroschenko alle möglichen Mittel zur Sabotage der Wahlen in der Ukraine zu nutzen. Wie wir zuvor erklärt haben, behandelt die Administration Poroschenkos die Frage der Verhängung des Kriegszustands in einzelnen Regionen der Ukraine. Zur Durchführung der hinterhältigen Pläne benötigen die Mitkämpfer des derzeitigen Präsidenten eine aufsehenerregende militärische Provokation auf internationaler Ebene. Nach uns vorliegenden Aufklärungsinformationen haben die **Spezialoperationskräfte die Aufgabe erhalten, eine Reihe provokativer Handlungen durchzuführen, eine davon wird gegen Mitarbeiter der OSZE** auf von Kiew kontrolliertem Territorium erfolgen. Das zweite ist der massenhafte Tod der Zivilbevölkerung, die auf dem zeitweilig von Kiew kontrollierten Territorium lebt. Uns ist genau bekannt, dass **der zur einseitigen Eröffnung vorbereitete KPP „Solotoje“ vermint** ist, die provokativen Handlungen werden nach dem Beginn des Passierens friedlicher Einwohner auf das Territorium der LVR durchgeführt werden.

Nach dem blutigen Szenario werden die Helfershelfer Poroschenkos den KPP „Staniza Luganskaja“ schließen und die örtlichen Einwohner gewaltsam auf Minenfelder im Gebiet des KPP „Solotoje“ treiben. Die auf Minen geratenen Einwohner werden als ein weiterer Akt der Aggression von Seiten der Volksmiliz dargestellt werden. In diesem Fall werden die Fesseln der verbrecherischen ukrainischen Führung für die Aktivierung der Kriegshandlungen im Donbass gelöst sein.

de.sputniknews.com: **SDF-Miliz kündigt neue Etappe der IS-Bekämpfung an**

Die von den USA unterstützten arabisch-kurdischen Abteilungen der „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF) haben die syrischen Behörden am Samstag aufgerufen, die milizeigenen Selbstverwaltungsorgane im Nordosten Syriens anzuerkennen. Sie kündigten auch eine neue Etappe des Kampfes gegen die Terrormiliz IS an.

Wie die Sprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, am Freitag erklärt hatte, sei Syrien hundertprozentig vom IS befreit worden. Die SDF-Miliz erklärte am Samstag den Endsieg über den „Islamischen Staat“, fügte jedoch hinzu, dass der Kampf gegen Reste der Terrorgruppierung weitergehe.

„Wir rufen die Zentralbehörden in Damaskus auf, den Dialog vorzuziehen und mit wirksamen Schritten zu beginnen, um eine politische Lösung zu erzielen, welche auf der Anerkennung der im Nordosten Syriens gewählten Selbstverwaltungsorgane und auf der Billigung der SDF-Spezifika beruhen soll“, heißt es in einer auf der SDF-Webseite veröffentlichten Erklärung.

Die SDF-Miliz hat auch die Türkei aufgerufen, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens einzustellen und ihre Truppen aus dem syrischen Territorium, darunter auch aus der Stadt Afrin, abzuziehen.

Die SDF-Führung hat außerdem eine „neue Etappe“ des Kampfes gegen den IS angekündigt, in der Einzeloperationen gegen die schlummernden Terroristen-Zellen gemeinsam mit der internationalen Koalition durchgeführt werden sollen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32445/05/324450515.jpg>

**mil-lnr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR
Oberleutnant Ja. A. Osadtschij**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 11-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt. Der Hauptteil des Beschusses des Territorium des Republik erfolgte von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte. Auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko wurden die Gebiete von **Kalinowo, Kalinowo-Borschtschwatoje** und **Perwomajsk** mit 122mm-Artillerie, 120mm und 82mm-Mörsern, Antipanzerraketenkomplexen und Granatwerfern beschossen.

Von den Positionen der 10. Gebirgss Sturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurde die Umgebung von **Frunse** mit Schützenpanzerwaffen beschossen. Den Befehl zur Durchführung der Beschüsse erteilt der Kriegsverbrecher Subanitsch.

Außerdem wurde **Losowoje** von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Garas ist, aus 120mm-Mörsern beschossen.

Insgesamt wurden **mehr als 230 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert**, davon 118 mit einem Kaliber über 100mm.

Im Ergebnis der am 22. März von Vertretern der LVR im GZKK festgestellten Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU aus Richtung Popasnaja auf das Territorium der LVR in Kalinowo wurde in der Molodaja-Straße ein Wohnhaus beschädigt. Nur durch glücklichen Zufall konnten Opfer unter der friedlichen Bevölkerung vermieden werden. ...

Gleichzeitig haben die ukrainischen Truppen **Flüge von Drohnen an der Kontaktlinie** aktiviert und verletzen so weiter die Minsker Vereinbarungen. Ich versichere den ukrainischen Soldaten, dass diese Maßnahmen nutzlos sind, weil die Luftabwehreinheiten der Volksmiliz der LVR regelmäßig rechtswidrige Handlungen des Gegners unterbinden und die ukrainischen Streitkräfte regelmäßig ihre Drohnen verlieren.

So wurde **gestern um 14:10 Uhr eine Drohne der ukrainischen Streitkräfte**, die sich in Richtung Orechowo – Golubowskoje bewegte von den Luftabwehrmitteln der Volksmiliz **abgeschossen**. Mit Hilfe dieser Drohne haben die ukrainischen Besatzer die Feuerleitung auf friedliche Ortschaften der Republik betrieben. In der abgeschossenen Drohne wurde eine Speicherkarte entdeckt. Bei der Analyse der Videos wurden Informationen entdeckt, die das zielgerichtete Feuer auf Golubowskoje und Donezkij bestätigen.

de.sputniknews.com: **Verdeckte Steuerung durch westliche Medien – Psychologische**

Kriegsvorbereitung

Tilo Gräser

Ohne zentrale Steuerung, aber umso effektiver – so funktioniert in westlichen Gesellschaften die Manipulation der Bevölkerung im Interesse der herrschenden Kreise. Das beschreibt der Schweizer Psychologe Mark Galliker im Gespräch mit Sputnik. Er erklärt die Mechanismen und warum es schwer ist, diesen zu widerstehen.

Die etablierten westlichen Medien beteiligen sich an der psychologischen Kriegsvorbereitung. „Ich glaube, das ist interessengebunden“, so der Psychologe Mark Galliker gegenüber Sputnik. „Da werden Journalisten ausgewählt, die auch so denken wie die herrschende Meinung ist. Die Meinung der Herrschenden ist immer die herrschende Meinung.“ Das geschehe nicht bewusst, aber sei bedingt durch die Medien- und Markt-Mechanismen in den westlichen Ländern.

Dazu würden auch sogenannte Pressuregroups und Denkfabriken beitragen, in denen Wissenschaftler und Journalisten mitwirken. „Das ist möglicherweise noch drastischer als in einer Diktatur, wo explizit von oben gesagt wird: Wir müssen das so machen, anders geht es nicht!“ Dieser unbewusst wirkende Mechanismus in den vermeintlich freiheitlichen westlichen Staaten gehört für Galliker zur psychologischen Kriegsvorbereitung.

„Gesellschaftliche Unbewußtheit wird heute durch Medien, Wissenschaft und Schulen tagtäglich ausgeprägt. Die meisten Menschen wissen nicht, dass wir in einem imperialen System leben, in dem die Politik der Monopole bestimmend ist, welche die Marktgesetze weitgehend außer Kraft gesetzt haben. Dieses System hat verheerende Auswirkungen auf viele Länder der südlichen Hemisphäre.“

Galliker verwies dabei auf das Beispiel, dass bei von der Weltbank finanzierten Infrastrukturprojekten in Afrika Armutsviertel zum Teil ohne Vorwarnung niedergewalzt sowie Bewohner zwangsweise umgesiedelt oder obdachlos gemacht werden. In den Jahren von 2005 bis 2015 hätten zum Beispiel Meldungen zufolge rund 3,4 Millionen Menschen in mehr als 900 Weltbank-Projekten ihr Land oder einen Teil ihrer Lebensgrundlage verloren.

Einseitige Darstellungen

Wie Kriege psychologisch vorbereitet werden war das Thema eines Vortrages, den der Schweizer Psychologe Anfang März in Berlin hielt. Er sprach auf dem viertägigen Jahreskongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP), der dem Thema „Krieg nach innen – Krieg nach außen“ gewidmet war. Galliker hat als Psychologe und Psychotherapeut geforscht und gearbeitet sowie zahlreiche Bücher veröffentlicht.

Er sehe täglich in den deutschsprachigen Zeitungen, wie einseitig Konflikte und Kriege dargestellt werden. Im Gespräch mit Sputnik verwies er insbesondere auf die Erkenntnisse des US-Linguisten Noam Chomsky. Dieser habe analysiert, wie US-Medien bei Kriegen und Massakern zumeist nur über die gegnerische Seite berichten, nicht darüber, wie die eigenen Militärs vorgehen.

Das Grundprinzip hätten Forschungen deutscher und Schweizer Psychologen bestätigt, die innergesellschaftliche Konflikte wie die um Einwanderung und deren mediale Darstellung untersuchten. Die andere Seite, hier die Einwanderer, würde vor allem als gefährlich und kriminell dargestellt. „Wir haben eine systematische Diskriminierung und Delegitimierung von Minderheiten festgestellt, damit man die Probleme im Großen gar nicht sehen muss.“

Verschwiegene Wahrheiten

Dieses Sündenbock-Prinzip komme gerade gegen jene, die zu den Opfern der wirtschaftlichen Expansion der Monopole und der militärischen Interventionen gehören, zum Einsatz. Es werde aktuell wieder gegenüber Russland angewendet, stellte Galliker fest. Ausgehend von Chomskys Prinzipien zeige sich, dass beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel und Russlands Präsident Wladimir Putin jeweils ganz anders dargestellt würden. „Dabei ist das primitivste wissenschaftliche Prinzip, dass man an beide mit den gleichen Maßstäben herangehen würde. Es ist leicht empirisch zu zeigen, dass das aber überhaupt nicht der Fall

ist.“

Das gelte nicht nur für Personen, hob der Psychologe hervor. So werde für die eigene westliche Seite nie von Oligarchien gesprochen, „obwohl das Kapital hier noch viel konzentrierter ist als an anderen Orten“. Galliker nannte als Beispiel, dass die Zeitungen in der Bundesrepublik in den Händen einzelner Milliardäre sind. „Doch da wird nie von Oligarchie gesprochen. Von der Waffen-Industrie oder der Auto-Industrie gar nicht zu reden.“ Die entsprechenden Mechanismen und Filter in den westlichen Gesellschaften würden nur ganz bestimmte Meinungen innerhalb eines vorgegebenen Rahmens zulassen. In diesen würden Begriffe wie „Kapital“, „Imperialismus“ oder „Klassengesellschaft“ nicht reinpassen. Das nannte der Sozialwissenschaftler als Beispiel für die sogenannten Qualitätsmedien, obwohl diese Wörter treffende Bezeichnungen für die gesellschaftlichen Zustände seien.

Verschwundener Gegenpart

Wer als Journalist oder Wissenschaftler solche Begriffe verwende, der werde zum Beispiel ausgeschlossen, wenn Stellen neu besetzt werden, oder steige nicht auf. „Das sind die Filtermechanismen, die es da gibt. Das habe ich auch in der Wissenschaft gesehen.“ Das sei seit dem Ende des Kalten Krieges besonders deutlich geworden, als die Gegenseite verschwand, die in der Systemkonkurrenz immer eine Rolle gespielt habe. Durch diese sei in westlichen Staaten linke Wissenschaft möglich gewesen.

In den westlichen Gesellschaften werde nun alles abgebaut, was dank des Systemwettbewerbs an Freiheiten möglich war, so der Psychologe. „Wir haben von der Sowjetunion profitiert, hier. Ich hätte in meiner Jugend nicht in der Sowjetunion leben wollen. Aber wir haben davon profitiert.“

Er fügte hinzu: „Jetzt ist das weg. Jetzt muss man keine Rücksicht mehr nehmen.“ Für Galliker befindet sich derzeit das Kapital in großen Schwierigkeiten. Mit der „Annexion der DDR“, wie er es bewusst bezeichnet, sowie der Übernahme der anderen ehemals sozialistischen Länder seien neue Absatzmärkte erobert worden. „Aber das ist nun vorbei. Jetzt haben sie Angst vor China und vor Russland. Die haben wahnsinnige Angst, diejenigen, die das Geld in den Händen haben und alles steuern können.“

Mächtige Mechanismen

Die Frage, warum massenpsychologische Kriegsvorbereitung und -führung immer noch so erfolgreich ist, ist für Galliker – der in der Schweiz und in der Bundesrepublik geforscht und gelehrt hat – die entscheidende Frage. Aus seiner Sicht werden dabei grundlegende psychische Mechanismen ausgenutzt, die zu allen Zeiten wirken. Dazu gehöre das Prinzip, eine Aussage so lange zu wiederholen, bis sie geglaubt wird.

Galliker sagte, es gebe verschiedene Thesen, warum die fortgesetzte Manipulation weiter wirkt. „Die einfachste ist die Distraktions-These. Das bedeutet, dass so lange es geht, wie die Leute zerstreut werden.“ Das erfolge vor allem über die medialen Angebote zur Unterhaltung wie Fußball, die von dem ablenken, was in derselben Zeit die Politik entscheidet oder betreibt. Weitere Erklärungsmuster bieten laut dem Psychologen die Angst-These und die Theorie von der Themensetzung, das Agenda-Setting. Nach letzterer werden nur bestimmte Themen und Sachverhalte ausgewählt und behandelt, die in der öffentlichen Debatte gewünscht sind. Hinzu komme die Framing-Theorie, nach der bestimmte bekannte Begriffe und Vorstellungen in den Köpfen genutzt werden, um Botschaften zu vermitteln.

Gezielte Ablenkung

Er habe früher nie verstanden, wie zum Beispiel die US-Amerikaner leben, ohne sich dafür zu interessieren, was in ihrem Namen in der Welt geschieht, so Galliker. Doch heute erlebe er selbst in seinem linksliberalen Umfeld eine große Ahnungslosigkeit in Bezug auf das Weltgeschehen. Er glaube nicht, dass das bewusst und zentral gesteuert wird. „Das sind die verschiedenen Einflüsse. Das beginnt beim Fußball, dass jetzt mehrmals Fußball gesendet wird, von Freitag bis Montag. Da sind schon viele Deutsche damit beschäftigt.“

Für den Psychologen sind aktuelle Beispiele für psychologische Kriegsvorbereitung, wie

Russland und dessen Politik dargestellt wird, ebenso wie über die Vorgänge in und um Venezuela berichtet wird. Zu Letzterem habe beispielsweise die „Bild“-Zeitung berichtet, dass die Regierung in Caracas keine Hilfsgüter ins Land lasse. Dabei werde weggelassen, dass die westlichen Sanktionen verhindern, dass medizinische Güter nach Venezuela geliefert werden können und das Land nicht auf seine Gelder zugreifen kann. Wer nur „Bild“ lese oder die „Tagesschau“ sehe, erfahre nichts darüber.

Die psychologische Kriegsvorbereitung ist für Galliker nur die Begleiterscheinung der realen Aufrüstung. „Bei allen großen Kriegen bisher wurde ähnlich vorgegangen wie heute gegen Russland“, erinnerte er im Gespräch. „Der Gegner wurde immer völlig abgewertet. Das Gute ist nur bei uns und das Schlechte ist nur bei den anderen. Wir sind natürlich für Menschenrechte, für Freiheit, aber die Russen sowieso nicht, die werden ja unterdrückt.“

Notwendiger Austausch

Die dezentralen Steuerungsmechanismen auf westlicher Seite seien viel schwerer greifbar und somit auch schwerer zu kritisieren, meinte der Psychologe. „Heute sind es alles nur sogenannte Sachzwänge. Wenn man ‚Das Kapital‘ nicht gelesen hat und nichts vom Fetisch-Charakter der Ware weiß, meint man, man ist frei. Aber diese Kräfte sind viel stärker als wenn jemand von oben diktiert.“

Das Problem der heutigen psychologischen Kriegsführung sei, dass niemand die dahinterstehenden ökonomischen Kräfte durchschaue. „Wenn jemand auch etwas von Ökonomie versteht, kann er damit umgehen.“ Hinzu komme, dass Psychologen mit diesen Kräften zusammenarbeiten und sich prostituieren, kritisierte der Forscher die eigene Zunft. Er erinnerte daran, dass beispielsweise US-Psychologen sich an den CIA-Folterpraktiken beteiligten. „Das haben früher die DDR und die Sowjetunion auch schon behauptet. Da wurde gesagt, das stimmt nicht. Aber jetzt wird es durch Dokumente bestätigt, die zeigen, dass die Psychologen voll einbezogen sind.“ Auch im medialen Bereich seien sie an der Kriegsvorbereitung beteiligt, betonte der Wissenschaftler. „Die Psychologen machen immer mit, wenn es gilt, im Sinne des Kapitals die kriegerischen Interventionen der USA zu unterstützen.“

Die notwendige Aufklärung der Menschen über die Machtmechanismen und ihre Manipulation gelinge nicht durch einzelne Intellektuelle, die selber isoliert sind, meinte Galliker. „Das kann nur durch eine neue Friedensbewegung geschehen. Daran müssten sich die Wissenschaftler, auch die Psychologen, aktiv beteiligen.“ Letztere müssten sich dazu wieder mit anderen gesellschaftlichen Kräften wie den Gewerkschaften verbinden, sich mit diesen austauschen und sich einbringen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32442/33/324423313.jpg>

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat einen Erlass herausgegeben, dass Pässe der DVR bereits an Bürger ab dem Alter von 14 Jahren ausgegeben werden.

de.sputniknews.com: **Keine Doppelmoral: Pompeo lässt Vergleich von Golanhöhen mit der Krim nicht zu**

Die Äußerungen des US-Präsidenten Donald Trump in Bezug auf die Golanhöhen sind nicht als ein Ausdruck der Doppelmoral zu betrachten, sollte man diese mit Washingtons Haltung zur Wiedervereinigung Russlands mit der Krim vergleichen. Der US-Außenminister Mike Pompeo hat sich zu dem Thema gegenüber dem britischen TV-Sender Sky News geäußert. „Das, was der Präsident in Bezug auf die Golanhöhen gemacht hat, bedeutet eine Anerkennung der Realität und Sicherheitslage vor Ort, die für den Schutz Israels erforderlich ist. So einfach ist das“, heißt es im Abdruck des Interviews, der auf der Webseite des US-Außenministeriums veröffentlicht ist. Damit beantwortete Pompeo die Frage, ob es denn vonseiten Washingtons keine Doppelmoral-Politik sei, die Souveränität Israels über die Golanhöhen anzuerkennen, aber gleichzeitig Sanktionen gegen Russland wegen der angeblichen Krim-Annexion zu verhängen.

Zudem wies der US-Außenminister die Erklärung zurück, eine solche Anerkennung würde die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats verletzen.

„Dies entspricht voll und ganz der tatsächlichen Situation vor Ort, den Tatsachen vor Ort“, betonte Pompeo und fügte hinzu, dass die USA an der „Stabilität im Nahen Osten“ interessiert seien.

Ihm zufolge verkörpern die USA in der Region „die Kräfte des Guten“.

„Unsere Absichten sind edel. Die vom Präsidenten getroffene Entscheidung wird die für die Stabilität in der gesamten Region erforderlichen Möglichkeiten erweitern“, resümierte Pompeo.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump auf Twitter mitgeteilt, dass es an der Zeit sei, die Souveränität Israels über diese strategischen Höhen anzuerkennen. „Nach 52 Jahren ist es für die Vereinigten Staaten an der Zeit, die Souveränität Israels über die Golanhöhen, die für den Staat Israel und die regionale Stabilität von entscheidender Bedeutung sind, uneingeschränkt anzuerkennen“, schrieb er im Kurznachrichtendienst.

Dnr-online.ru: Heute, am 23. März, fand in Donezk eine **Sitzung der gesellschaftlichen Organisation „Forum zur Rettung Mariupols“** statt. An der Veranstaltung haben Vertreter folgender Städte teilgenommen: Krasnyj Liman, Arjomowsk, Kramatorsk, Slawjansk, Konstantinowka, Nikolajewa, Dnjepropetrowsk, Odessa, Charkow, Cherson, Saporoshe. Während der Veranstaltung wurden Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit analogen Organisationen Dnjepropetrowsks und Saporoshes unterzeichnet.

„Anlass für die heutige Versammlung waren die Präsidentschaftswahlen, die in der Ukraine stattfinden werden. Sehr viele Menschen, die auf jenen Territorien leben, werden gezwungen sein dorthin zu gehen und für diesen oder jenen Kandidaten zu stimmen. Unter Bedingungen des Terrors, unter Bedingungen fehlender Freiheit des Wortes, sind Wahlen als solche nicht möglich, deshalb wollen wir heute die Menschen, die sich außerhalb der DVR und der LVR befinden, aufrufen, sich nicht an dieser Farce mit der Bezeichnung „Wahlen“ zu beteiligen. Ziel der ukrainischen Politiker ist nur der Erhalt ihrer Ämter und die weitere Auffüllung ihrer Börsen durch den Bürgerkrieg. Diese Menschen, die einen blutigen Staatsstreich begangen haben, wollen durch Wahlen der Verantwortung für ihr Tun, für den Schmerz und das Leid unseres Volks entgehen“, sagte die Leiterin des Forums zur Rettung Mariupols, die Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Irina Popowa.

abends:

de.sputniknews.com: **Damaskus: USA ernten Früchte von Erfolg russischer und syrischer Armee**

Die USA ernten laut der Abgeordneten des syrischen Parlaments Ashwak Abbas die Früchte von Erfolgen Syriens und Russlands im Kampf gegen die Terrorvereinigung „IS“, und ihre Erklärungen hinsichtlich eines totalen Sieges über die Terroristen seien ausschließlich politischer Art. Dies teilte Ashwak Abbas gegenüber Medien am Samstag mit.

Die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, hatte am Freitag erklärt, dass Syrien zu 100 Prozent von IS-Terroristen befreit sei. Am Samstag haben die von den USA unterstützten arabisch-kurdischen Einheiten der „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF, auch DKS) den definitiven Sieg über den „IS“ verkündet, dabei aber bemerkt, dass der Kampf gegen die Reste der Terrorgruppierung weitergehe.

„Wenn wir zählen würden, wie viele Male die USA den Sieg über den ‚IS‘ angekündigt haben, so sind es bereits mehr als zehn Mal. Ich denke, dass dies eine politische Erklärung ist, die nichts mit der Realität zu tun hat und das Ziel verfolgt, die öffentliche Meinung in Aufruhr zu bringen“, erklärte Abbas.

„Die USA wollen Früchte von Erfolgen anderer Länder ernten. Gegen den ‚IS‘ haben die syrischen und russischen Luftstreitkräfte und nicht die Amerikaner gekämpft“, sagte die Abgeordnete.

Sie erinnerte an das Nahen der Präsidentschaftswahlen in den USA und äußerte die Vermutung, dass der US-Präsident Donald Trump einfach „positive“ Momente zu seiner Wiederwahl brauche.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32436/98/324369881.jpg>

wpered.su: **Donezker Pioniere führten einen Subbotnik am Denkmal für die während des Großen Vaterländischen Krieges Gefallenen durch**

Am 23. März fand im Petrowskij-Bezirk von Donezk auf Initiative des örtlichen Rats ein Subbotnik statt. Kommunisten und Mitglieder der Pionereinheit „Die Voranblickenden“ haben das Territorium und das Denkmal der in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges Gefallenen in Ordnung gebracht, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

de.sputniknews.com: Klimkin: **Bildungswesen in Ukraine seit Austritt aus Sowjetunion degradiert**

Der Austritt der Ukraine aus der UdSSR sollte sich laut dem ukrainischen Außenminister Pawel Klimkin auf die Ausbildung positiv auswirken, aber es kam „genau umgekehrt“. Darüber hinaus sei der soziale und materielle Status der Lehrer und Dozenten wohl „bis zum Geht-nicht-mehr“ gesunken.

„Am Anfang unserer Unabhängigkeit haben wir alle aufrichtig erwartet, dass die von den

sowjetischen Fesseln befreite ukrainische Hochschule schnell aufholen und rasch mit der europäischen und internationalen Hochschule gleichziehen wird – umso mehr, als wir keinen schlechten Qualitätsvorrat hatten. Leider kam alles genau umgekehrt“, führt das ukrainische Blatt „Ukrainskaja Prawda“ die Worte Klimkins in seiner Kolumne unter der Überschrift „Wissenschaft und Ausbildung. Degradierung stoppen“ an.

Darüber hinaus seien nach Worten des Außenministers viele Einwohner der Ukraine gezwungen gewesen, Wissenschaft und Ausbildung aufzugeben, in private Unternehmen zu gehen oder gar das Land zu verlassen.

„Der soziale und materielle Status des Wissenschaftlers und des Lehrers wurde bis zum Geht-nicht-mehr herabgestuft, ehemalige Musterschüler sind volle Versager geworden - im Vergleich zu aggressiv gestimmten ‚Fünfschreibern‘, die sich ihren Wohlstand durch Zufall ergattert hatten“, schloss Klimkin.